

Civil Society Conference, 9./10.Mai 2024, Nairobi, Kenia

Statement der IPPNW

Präambel:

Das Leben und die Zukunft der Menschheit sind doppelt bedroht, durch die Gefahr des Atomkriegs und durch die fortschreitende Klimakrise. Zukünftige Generationen haben ein Recht darauf, in einer Welt ohne Atomwaffen zu leben. Atomwaffen sind die verheerendsten Instrumente des Massenmords und der Umweltzerstörung, die je geschaffen wurden. Die aktuelle Gefahr eines Atomkriegs, bei dem nur ein Bruchteil der vorhandenen Arsenale eingesetzt würde, stellt eine existenzielle Bedrohung für das Überleben der Menschheit dar. Diese inakzeptablen und katastrophalen humanitären Auswirkungen von Atomwaffen, anerkannt von einer großen Mehrheit der UNO-Staaten haben den Weg zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) frei gemacht: Der AVV, der auf die Abschaffung von Atomwaffen abzielt, bildet die neue ethische Norm für ein Leben und eine Zukunft der Menschheit ohne nukleare Gewalt.

Die zweite existenzielle Bedrohung der Menschheit, die Klimakatastrophe, wird oft nur als Produkt der Produktions- und Konsumweisen der Menschheit gesehen. Der CO₂ Fußabdruck des Militärs wird im Handeln der Staaten systematisch ausgeklammert. Militärische Aktivitäten machen jedoch schätzungsweise 5,5 % der globalen Treibhausgasemissionen aus. Dabei sind die Emissionen im Krieg nicht eingerechnet. Die Auswirkungen der Militarisierung, das anhaltende globale Wettrüsten und die weltweiten Militärausgaben in Höhe von 2443 Milliarden US-Dollar führen dazu, dass Ressourcen abgezogen werden, die für die Befriedigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse und die Förderung der notwendigen globalen Klimaschutzmaßnahmen benötigt werden.

Kapitel I. Nachhaltige Entwicklung und Finanzierung der Entwicklung

In Anerkennung,

- dass die weltweiten Militärausgaben reduziert und stattdessen in die Ziele der nachhaltigen Entwicklung sowie in den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel reinvestiert werden müssen,
- dass Militarisierungsprozesse die Klimakrise und die Überschreitung der planetaren Grenzen systematisch befördern, wie im Konzept der planetaren Gesundheit dargestellt, wird es

unmöglich sein, gesundheitliche Chancengleichheit zu erreichen, wenn Klimakrise, Umweltzerstörung und die Systeme, die sie hervorbringen, weiter fortbestehen.

Die vorgelagerte Rüstungsindustrie einschließlich aller Aktivitäten, von der Instandhaltung von Gebäuden bis hin zu Militärmanövern, stoßen Treibhausgase aus und verschmutzen Luft, Boden und Grundwasser mit Chemikalien und Giftstoffen. Wissenschaftler schätzen, dass der gesamte militärische Kohlenstoff-Fußabdruck etwa 5,5 % der weltweiten Emissionen ausmacht.

Es ist jedoch nach wie vor schwierig, die genauen Beiträge des militärisch-industriellen Sektors zu quantifizieren, da ihre Berichterstattung im Rahmen des Pariser Klimaabkommens freiwillig ist. Die Regierungen legen bisher keine detaillierten Pläne vor, wie sie bis 2050 Kohlenstoffneutralität erreichen wollen, während sie in neue, mit fossilen Brennstoffen betriebene Waffensysteme wie Kampffjets, Kriegsschiffe und gepanzerte Fahrzeuge investieren. Die Modernisierung von Atomwaffen und das anhaltende nukleare Wettrüsten bringen unseren Planeten in die Gefahr eines nuklearen Ökozids.

Laut dem letzten SIPRI-Bericht 2023 sind die fünf größten Militärausgeber die USA, China, Russland, Indien und Saudi-Arabien. Vier von ihnen sind Atomwaffenstaaten, ein Staat konzentriert sich auf die Produktion fossiler Brennstoffe.

Im letzten IPCC-Bericht hieß es, dass "moderate Reduzierungen der Militärausgaben (die Konfliktlösungen und länderübergreifende Vereinbarungen über Rüstungsbeschränkungen beinhalten können) beträchtliche Ressourcen für die Nachhaltigkeitsziele der UNO freisetzen könnten". Ein Bericht mehrerer Nichtregierungsorganisationen, darunter IPPNW Deutschland, ergab, dass die 1,26 Billionen Dollar der NATO-Militärausgaben im Jahr 2023 das nicht eingehaltene Versprechen der umweltverschmutzendsten Nationen zur Klimafinanzierung in Höhe von 100 Milliarden Dollar pro Jahr für 12 Jahre abdecken würden,

Daher sind die UNO- Staaten aufgerufen, sich mit Nachdruck für nukleare und konventionelle Abrüstung sowie Rüstungskontrolle einzusetzen.

Kapitel II: Internationaler Frieden und Sicherheit

In Kapitel II sollten die Ergebnisse des IPPNW-Berichts "Nukleare Hungersnot" gewürdigt und anerkannt werden, In diesem Bericht sind die

neuesten wissenschaftlichen Arbeiten zusammengefasst. Sie zeigen, dass ein so genannter "begrenzter" oder "regionaler" Atomkrieg weder begrenzt noch regional wäre. Ein Krieg, in dem weniger als ein Zwanzigstel der weltweiten Atomwaffen zur Explosion gebracht würde, würde immer noch das Klima, die globalen Lebensmittelversorgungsketten und wahrscheinlich auch die öffentliche Ordnung zerstören. Hungersnöte und Unruhen würden Hunderte von Millionen Menschen töten, vielleicht sogar Milliarden.

Diese Ergebnisse fallen in eine Zeit stark erhöhter Spannungen zwischen den Nuklearstaaten und inmitten von Warnungen, dass wir einem Atomkrieg näher sind als je zuvor.

Deshalb müssen die UN-Staaten in Kapitel II aufgefordert werden, dem AVV, dem Vertrag über das Verbot von Atomwaffen, beizutreten. Selbst wenn Atomwaffen nicht eingesetzt werden, werden durch ihren Unterhalt und ihre Produktion jährlich mehr als 82,9 Milliarden Dollar allein für Atomwaffen ausgegeben, die für notwendige Investitionen in erneuerbare Energien, die Finanzierung von Schäden und andere Klimaschutzmaßnahmen verwendet werden könnten. Darüber hinaus verursacht allein die Produktion von Atomwaffen immense Schäden für Mensch und Umwelt.

Kapitel III. Wissenschaft, technologische Innovation und digitale Zusammenarbeit

In Kapitel III sollte die Tatsache anerkannt werden, dass es entscheidend ist, ART. IV des Atomwaffensperrvertrags an die aktuelle Gefahr der Weiterverbreitung und militärischer Angriffe auf Atomkraftwerke anzupassen.

Atomkraft ist weder gesund, noch sicher oder nachhaltig. Atomkraftwerke erzeugen unweigerlich Materialien, die zum Bau von Kernwaffen verwendet werden können, z. B. Plutonium. Jeder Atomreaktor und jedes Becken mit abgebrannten Brennelementen stellt praktisch eine riesige, vorbereitete radiologische Waffe oder "schmutzige Bombe" dar, die anfällig ist für Unfälle und Angriffe.

Diese Tatsache können wir in zwei aktuellen Kriegen beobachten: Im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und im Krieg Israels auf Gaza, mit einer möglichen Eskalation von israelischen Angriffe auf iranische Atomanlagen. Bislang sind weder die IAEO, die oft als Wächterin der Atomindustrie bezeichnet wird, noch der UN-Sicherheitsrat in der Lage,

diese nuklearen Bedrohungen für die betroffenen Bevölkerungen in Europa oder den Ländern des Nahen Ostens zu unterbinden.

Diese aktuellen Bedrohungen veranlassen dazu, die Notwendigkeit von Atomkraftwerken zur Stromerzeugung zu überdenken, vor allem, wenn erneuerbare Energien eine sicherere, gesündere und kostengünstigere Alternative zu Atomkraftwerken bieten, die auf finanzielle Unterstützung durch den Staat angewiesen sind. In der Regel kommen die Finanzhilfen für Atomkraftwerke von den Atomwaffenstaaten, denn sie sind auf eine "robuste" zivile Atomindustrie und die dazugehörige nukleare Infrastruktur angewiesen. Atomwaffenprogramme wären aufgrund der hohen Kosten, Risiken und des Bedarfs an geschultem Personal nicht tragbar. Oder, um Präsident Macron zu zitieren:

"Ohne zivile Kernenergie gibt es keine militärische Nutzung dieser Technologie - und ohne militärische Nutzung gibt es keine zivile Nutzung".

Wir beobachten, dass derzeit alle Atomwaffenstaaten ihre Arsenale aufrüsten.

Außerdem bleibt die Atomkraft gefährlich: Ihre radiotoxischen Folgen und Gesundheitsrisiken entlang der gesamten Brennstoffkette, von Uranabbau bis zur Frage der Endlagerung, bleiben eine ungelöste Belastung für zukünftige Generationen. Die hochradioaktiven Stoffe und Abfälle, die Atomreaktoren produzieren, erstrecken sich über Generationen und geologische Zeiträume.

Ein weiteres Risiko der Atomkraft ist das seit langem bekannte Proliferationsrisiko. Das Hauptrisiko liegt im Kernbrennstoffkreislauf, da Anlagen und Technologien, die für die Anreicherung und Wiederaufbereitung von Kernbrennstoff verwendet werden, auch zur Herstellung von spaltbarem Material für den Einsatz in Kernwaffen genutzt werden können

Kapitel V: Globale Governance umgestalten

In seiner Rede am 7. Februar 2024 beschreibt UN-Generalsekretär Antonio Guterres die derzeitigen geopolitischen Spaltungen als eine der größten Bedrohungen für den Frieden. Er erinnert die Generalversammlung daran, dass die Vereinten Nationen auf dem Fundament des Friedens gegründet wurden (Kapitel 1 der Charta der

Vereinten Nationen). Er beschreibt die Arbeitsmethoden des Sicherheitsrates als ineffizient und festgefahren. Er fordert eine "Erneuerung des globalen Friedens- und Sicherheitsrahmens, um den Komplexitäten der heutigen multipolaren Welt gerecht zu werden".

Die IPPNW sieht in der Arbeit am Atomwaffenverbotsvertrag, in dem zahlreiche nicht-nukleare Staaten des globalen Südens und zahlreiche und weltweit agierende zivilgesellschaftliche Gruppen eine neue ethische Norm geschaffen haben, ein Vorbild. In dieser neuen Norm, die der AVV darstellt, wird das Dogma des Nuklearismus, das die Welt bisher beherrscht, überwunden.

Alle fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sind Atomwaffenstaaten. Die neue Norm und die substantielle Verpflichtung, auf den Einsatz von Atomwaffen in einem gewaltsamen Konflikt oder zwischenstaatlichen Krieg zu verzichten, fehlt in der Gruppe der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates.

Der Prozess, wie der TPNW in Kraft getreten ist, könnte als Modell dienen, um die notwendigen Veränderungen in der Struktur des derzeitigen Sicherheitsrates einzuleiten und nicht-nuklearen Stimmen eine starke Vertretung im Sicherheitsrat zu geben.

gez.

Dr. med. Angelika Claußen,
Co-Vorsitzende der deutschen IPPNW-Sektion und
Präsidentin IPPNW Europa
E-Mail: angelika-claußen@web.de

**An der Civil Society Conference am 9./10 Mai 2024 in Nairobi
werden als IPPNW-Delegierte teilnehmen:**

Dr. Kelvin Kibet, Vizepräsident der IPPNW Afrika,
Bonventure Machuka, Kenia,
Dennis Opondo, Kenia,
Rolf Bader, Deutschland.